

Antrag 59/II/2023**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission
(Konsens)****Schnelle Hilfe für psychisch erkrankte Menschen – Bei Therapieplätzen darf nicht gespart werden!**

1 Die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Vor-
 2 aussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit
 3 und soziale Teilhabe. In den letzten Jahren hat der
 4 psychische Druck auf junge Menschen stark zuge-
 5 nommen. In einer Zeit multipler Krisen sind sie ei-
 6 nem hohen Maß an Herausforderungen ausgesetzt.
 7 Die zunehmende Komplexität der modernen Welt
 8 kann zu Stress, Ängsten und anderen psychischen
 9 Belastungen führen.

10 Betroffene brauchen bei einer Erkrankung rasche
 11 und effektive Unterstützung. Die Realität sieht je-
 12 doch aktuell oft anders aus. Im Durchschnitt wartet
 13 eine Person fünf Monate auf einen Therapieplatz,
 14 obwohl ihr gesundheitlicher Anspruch darauf be-
 15 reits bestätigt wurde.

16 Die aktuelle Richtlinie besagt, dass in städtischen
 17 Gebieten etwa eine*n *Psychotherapeut**in für 3.000
 18 Menschen vorgesehen ist. Da angenommen wird,
 19 dass Menschen aus ländlichen Gebieten auch in
 20 Städte fahren, um ärztliche Versorgung in Anspruch
 21 zu nehmen, wird in ländlichen Regionen eine*n *Psy-*
 22 *chotherapeut**in für ungefähr 6.000 Menschen be-
 23 reitgestellt. Durch diese Regelung werden insbeson-
 24 dere finanziell benachteiligte Personen in struktur-
 25 schwachen Gebieten strukturell benachteiligt.

26 Es besteht dringender Reformbedarf in der
 27 Bedarfsplanungs-Richtlinie. Vor allem die Kran-
 28 kenkassen zeigen Widerstand gegen eine Überar-
 29 beitung der aktuellen Regelung, da sie erhebliche
 30 Mehrkosten befürchten. Doch beim Thema The-
 31 rapieplätze darf nicht am falschen Ende gespart
 32 werden!

33 Es kann nicht im Sinne der „Zukunftscoalition“, ins-
 34 besondere nicht unter sozialdemokratischer Füh-
 35 rung, sein, dass der Zugang zur psychischen Ge-
 36 sundheitsversorgung von finanziellen Mitteln und
 37 dem Wohnort abhängt. Solche Klassenunterschiede
 38 müssen überwunden werden, um allen Menschen
 39 ein psychisch gesundes Leben zu ermöglichen.

40 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefor-
 41 dert, durch ihr Mitberatungs- und Antragsrecht im
 42 Gemeinsamen Bundesausschuss durch Anpassung
 43 der Bedarfsplanungs-Richtlinie auf mehr kassen-

Antragstext Zeile 40-53

Zeile 1- 39 werden der Begründung zugefügt

44 ärztlich zugelassene Psychotherapeut*innen hinzu-
45 wirken.

46 Deswegen fordern wir die SPD-geführte Bundesre-
47 gierung auf, sich für die deutliche Erhöhung der
48 Bedarfsplanungs-Richtlinie auf mehr kassenärztlich
49 zugelassene Psychotherapeut*innen hinzuwirken.
50 Zudem fordern wir die Einführung einer gesonder-
51 ten Bedarfsplanungs-Richtlinie für Kinder und Ju-
52 gendliche, um gerade für diese vulnerable Gruppe
53 die Wartezeiten erheblich zu reduzieren.

54

55 **Begründung**

56 Alle von uns kennen bestimmt mindestens eine Per-
57 son, die an einer psychischen Erkrankung leidet oder
58 ist gar selbst betroffen. Denn immer mehr Men-
59 schen und vor allem immer mehr Kinder und Ju-
60 gendliche in Deutschland leiden an psychische Er-
61 krankungen. Das ist nicht nur eine gefühlte Wahr-
62 heit, sondern ist statistisch bereits mehrfach nach-
63 gewiesen.

64 In Deutschland sind 48.000 Psychotherapeut*innen
65 qualifiziert. Während einige in Rehakliniken und
66 Psychiatrien arbeiten, streben viele an, eine eigene
67 Praxis zu eröffnen. Für die Behandlung von gesetz-
68 lich Versicherten ist eine Zulassung, auch "Kassen-
69 sitz" genannt, erforderlich. Doch laut Kassenärzt-
70 licher Bundesvereinigung besitzen nur 33.000 Psy-
71 chotherapeut*innen einen solchen Kassensitz. Und
72 von diesen teilen 60 Prozent den Sitz mit anderen,
73 was die Anzahl der Kassenpatienten, die sie behan-
74 deln können, einschränkt.

75 Die Anzahl der Therapieplätze in einer Region wird
76 durch die Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemein-
77 samen Bundesausschusses festgelegt. Dieser Aus-
78 schuss setzt sich aus der Kassenärztlichen Bundes-
79 vereinigung, der Kassenzahnärztlichen Bundesver-
80 einigung, der Deutschen Krankenhausgesellschaft
81 und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen
82 zusammen.

83 In Deutschland leben so wenig junge Menschen wie
84 noch nie: Zum Ende des Jahres 2021 waren gut 8,3
85 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren.
86 Das entspricht einem Anteil von 10,0 Prozent an der
87 Gesamtbevölkerung. Wir stehen als Gesellschaft vor
88 scheinbar unendlichen Herausforderungen und in
89 jeder Richtung sind junge Menschen gefragt, Ver-
90 antwortung zu übernehmen. Der demographische
91 Wandel führt somit in der ökonomischen, politi-
92 schen, klimatischen und gesellschaftlichen Frage zu

93 Mehrfachbelastungen, die in unzähligen Fällen Bur-
94 nout, Depressionen und enorme psychische Belas-
95 tung mit sich bringen.
96 Genau deswegen brauchen wir jetzt eine robuste
97 Gesundheitsinfrastruktur, die bei der Bewältigung
98 dieser Probleme ein Sicherheitsnetz bildet, das uns
99 im Durchschnitt früher als erst in fünf Monaten
100 fängt. Es ist essentiell, dass wir als Jugendorgani-
101 sation jungen Menschen durch die Gesundheitliche
102 Versorgung die Teilhabe an der Gesellschaft ermög-
103 lichen.
104 Gleichzeitig ist auch die Normalisierung der psychi-
105 schen Behandlung der gesamten Bevölkerung not-
106 wendig, um die Traumata unserer Eltern, Großel-
107 tern und Urgroßeltern endlich angemessen heilen
108 zu können.
109 Diese wichtigen Aufgaben dürfen nicht an den kapi-
110 talistischen Zwängen unseres Gesundheitssystems
111 scheitern. Es braucht mehr Ressourcen, es braucht
112 mehr Aufmerksamkeit und Willen, aber vor allem
113 braucht es mehr Kassenplätze!